

Übrigens

«Lasst die Spiele beginnen»

Noch immer erinnere ich mich, wie einst Franz Heinzer 1994 in Lillehammer ohne Ski aus dem Starthaus krachte oder wie fast 30 Jahre später Corinne Suter in Peking zu Gold in der Abfahrt fuhr. Es sind Erinnerungen an vergangene Olympiatage. Und nun, in weniger als einer Woche, ist es wieder so weit: In Mailand und Cortina finden die nächsten Winterspiele statt.

Schon als Kind waren die Olympischen Spiele ein grosses TV-Highlight für mich. Als 14-Jähriger stand ich in der Nacht auf, um mir 1998 die Rennen in Nagano anzusehen. Ich konnte so quasi live miterleben, wie Hermann Maier in der Abfahrt über die Sicherheitsnetze flog und dabei wie durch ein Wunder unverletzt blieb. Oder wie ein gewisser Gian Simmen in der damals noch neuen Disziplin Halfpipe Snowboard-Olympiasieger wurde – Sportgeschichte war das.

Auch jetzt noch freue ich mich auf die Spiele wie ein Kind. Über die Jahre sind viele neue Disziplinen und Sportarten dazugekommen. Den Überblick zu behalten, ist fast unmöglich. Schon gar nicht kann man aus Zeitgründen alle Events im Fernsehen mitverfolgen. Kritiker sagen, dass die Olympischen Spiele zu überladen geworden seien.

Doch einige neue Sportarten haben auch ihren Reiz. Beispielsweise kommen dieses Mal die Skitourenrennen neu hinzu. Man glaubt es kaum: Die Tickets für diesen Event gehörten zu den ersten, die ausverkauft waren. Ich bin gespannt, wie diese neue Disziplin daherkommt. Sowieso versuche ich auch dieses Jahr wieder, möglichst viele Sportarten mitzufolgen, welche sonst eher wenig Beachtung finden.

Das Grösste im Sport und an den Olympischen Spielen sind aber die Emotionen. Es werden Tränen der Freude und der Enttäuschung fliessen. Es wird Verlierer geben, die wieder aufstehen und weitermachen. Es wird Sieger geben, mit denen niemand gerechnet hat, und Favoriten, die am Ende mit leeren Händen dastehen. So wie im richtigen Leben erzählt der Sport in kürzester Zeit ganz grosse Geschichten. Mich diesem Sog von Emotionen hinzugeben, darauf freue ich mich am meisten.

Also, worauf wartet ihr: Lasst die Spiele beginnen!



Robert Betschart
Sportchef

Wochenkommentar

Wunsch nach mehr Gleichstellung kollidiert mit politischer Realität

Der Befund ist für Befürworterinnen und Befürworter der Gleichstellung eigentlich phänomenal: 79 Prozent der Schwyzerinnen und Schwyzer geben in einer repräsentativen Umfrage an, dass sie Gleichstellung sehr oder eher wichtig finden für die Entwicklung der Gesellschaft. Durchgeführt hat die Studie das renommierte Forschungsinstitut GFS Bern im Auftrag der Gleichstellungskommission des Kantons Schwyz.

An der Präsentation der Ergebnisse diese Woche wurde betont, dass Gleichstellungsthemen im ansonsten als sehr konservativ wahrgenommenen Kanton Schwyz durchaus mehrheitsfähig sein können. Der anwesende Regierungsrat Xaver Schuler (SVP), in dessen Departement die Kommission angesiedelt ist, musste sich dennoch viele kritische Fragen von Vertreterinnen von Frauenorganisationen anhören. Warum die Regierung etwa Vorstösse aus diesem Themenbereich kaum befürwortet, lautete eine Frage.

Schuler wies zu Recht auf die politischen Realitäten im Kanton hin. Die amtierende Regierung mit drei Vertretern der SVP und je zwei von Mitte und FDP – und mit nur einer Frau – wurde 2024 glänzend wieder-



Wie soll sich unsere Gesellschaft entwickeln?
Bild: Pixabay

gewählt. Es könne also keine Rede davon sein, dass der Regierungsrat am Volk vorbeipolitisiere, argumentierte Schuler. Auch im Kantonsrat konnte die SVP, die dem Staat bei Gleichstellungsthemen eine eher zurückhaltende Rolle zuweist und zuweilen das traditionelle Familienmodell propagiert, deutlich zulegen. Die Partei verfügt über 38 von 100 Sitzen im Parlament.

Es zeigt sich also, dass es eine gewisse Diskrepanz gibt zwischen dem, was die Bevölkerung in Umfragen als wünschenswert angibt, und wie sie sich dann an der Wahlurne entscheidet.

Dafür kann es verschiedene Gründe geben. Zum einen das Phänomen der sozialen Erwünschtheit: Teilnehmende von Umfragen geben manchmal Dinge an, die sie für vermeintlich sozial akzeptierter halten, obwohl es eigentlich nicht ihrer Meinung entspricht. Das könnte in diesem Fall dazu führen, dass die vermeintlich progressivere Haltung als akzeptierter angesehen wird und man sich entsprechend äussert, obwohl man davon gar nicht überzeugt ist.

Der zweite Punkt ist die Prioritätensetzung. Was ausschlaggebend für einen Wahlentscheid ist, ist sehr individuell. Im Falle der Wählerinnen und Wähler der SVP könnte man in diesem Fall vermuten: Für sie sind Themen wie Migration, Asyl oder EU ausschlaggebender für ihre Wahl als die Gleichstellung, obwohl sie diese vielleicht auch befürworten.

Die Umfrage zeigt auch, dass Lohndiskriminierung immer noch das dominierende Thema bei Gleichstellungsfragen ist. Hier muss man aber realistisch sein: Die Einflussmöglichkeiten des Kantons sind in diesem Bereich beschränkt. Man kann zwar Lohnanalysen verlangen, aber ein direkter Eingriff in das Lohngefüge eines Unternehmens ist schwer

vorstellbar und auch nicht wünschenswert.

Für die bessere wirtschaftliche Stellung von Frauen ist vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend. Denn um ein gewisses Lohnniveau zu erreichen, genügend Geld für die Rente anzusparen und damit wirtschaftlich unabhängig von Männern zu werden, müssen Mütter die Möglichkeit haben zu arbeiten. Gerade auch junge Mütter: In den Jahren zwischen 30 und 40 werden oft Karrieren aufgegleist und Führungspositionen vergeben. Frauen, die das wollen, sollen die Möglichkeit haben, diese auch mit Kindern auszuüben. In diesem Punkt hat der Kanton Schwyz mit dem 2024 eingeführten Kinderbetreuungsgesetz einen grossen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Und das trotz sehr bürgerlich-konservativ geprägter Politlandschaft.



Dominik Jordan
Chefredaktor

Forum

Schwyzer Demokratie-Defizite

Dieser Tage liess eine Meldung aus unserem Nachbarkanton aufhorchen: In Nidwalden wurden anstelle der anstehenden Gesamterneuerungswahlen die sechs Bisherigen und ein neuer Regierungsrat in stiller Wahl für gewählt erklärt.

Die Meldung aus Nidwalden machte schweizweit Schlagzeilen, weil sie aussergewöhnlich ist und irgendwie nicht ins hehre Bild unserer schweizerischen Demokratie passt. Viele fragen sich, ob eine solche stille Wahl der Kantonsregierung auch hierzulande möglich wäre.

Voraussetzung für eine stille Wahl ist die besondere politische Konstellation, wonach nur gerade so viele Personen vorgeschlagen sind, wie es Ämter zu besetzen gibt. Das dürfte bei der Schwyzer Kantonsregierung auf absehbare Zeit kaum der Fall sein, weil die Linke seit dem Ausscheiden von SP-Regierungsrat Armin Hüppin im Jahr 2012 nicht mehr in der Regierung vertreten ist. Es ist also auch 2028 mit einer Spreng-Kandidatur von rot-grüner Seite zu rechnen.

Aber auch formal lässt das Schwyzer Wahlrecht bei Gesamterneuerungswahlen keine stille Wahl zu. Selbst wenn sich die Parteien auf sieben Kandidaten einigen würden, müsste eine «Wahl» durchgeführt werden.

Und gerade hier setzen die Demokratie-Defizite unserer Wahlordnung ein: Die «Chrüzli»-Wahlliste ist abschliessend und lässt keine spontanen Kandidaturen zu, wobei die Bisherigen erst noch das Listenprivileg der Vorzugsplatzierung vor neuen Kandidaten geniessen. Und oben drauf kommt zusätzlich die Einschränkung, dass bei der Ermittlung des absoluten Mehrs die leeren Stimmen nicht zählen und deren Wählerwille unter den Tisch gekehrt wird.

Dieses amputierte Schwyzer Wahlrecht dürfte auch bei den Gesamterneuerungswahlen in den Gemeinden und Bezirken vom kommenden 19. April seine Auswirkungen haben: Zwar ist die Rekrutierung von Kandidaten auf der kommunalen Stufe wesentlich schwieriger als auf der lukrativeren kantonalen Ebene. Dennoch ist bei den rund 150 zu besetzenden kommunalen Ämtern die Versuchung von intransparenten Absprachen in den Parteizentralen zu lasten des Wählers latent vorhanden.

Doch Wahlen leben nun einmal von Auswahl und Wettbewerb, von Transparenz und Fairness! Wenn diese Gebote nicht ausreichend erfüllt sind, machen sich Frust und Abstinenz breit, was letztlich der Demokratie schadet.

Als demokratisch ebenso fragwürdig haben sich in jüngster Zeit zwei andere Schwyzer Eigenheiten erwie-

sen: Unsere Kantonsverfassung sieht ausdrücklich das allgemeine Vernehmlassungsrecht zur Gesetzgebung vor. Dagegen unterstehen reine Finanzvorlagen nicht der Vernehmlassungspflicht.

Das mag zwar auf den ersten Blick belanglos sein, weil ja Vernehmlassungen keinen verbindlichen Charakter haben. Dennoch regen sie vielfach eine breite politische Diskussion an, verhelfen so zu einem demokratisch abgestützten Entscheidungsprozess und können Hauruck-Beschlüsse verhindern. Ein aktuelles Beispiel: Die 140-Millionen-Vorlage über das neue Verwaltungszentrum im Kaltbach war eine Finanzvorlage, die ohne Vernehmlassung im Eiltempo über die parlamentarische Hürde gepeitscht wurde und damit alles andere als ein demokratisches Highlight ist.

Genauso zweifelhaft ist die Verhinderung des fakultativen Referendums für kommunale Haushaltsbeschlüsse durch den kantonalen Gesetzgeber. Obwohl das Interesse an den Gemeindeversammlungen offensichtlich abnimmt, werden die Gemeinden und Bezirke – ob gross oder klein – immer noch gezwungen, Budget und Steuerfuss an der Gemeindeversammlung zu beschliessen. Eine Urnenabstimmung kann nicht verlangt werden.

Mit einer Änderung des Gemeindeorganisationsgesetzes könnten die

Kommunen ermächtigt werden, ein fakultatives Budget- und Steuerfussreferendum einzuführen, um diese zentralen Beschlüsse demokratisch breiter abzustützen. Damit würden Vorfälle wie jüngst in der Gemeinde Schwyz, als 99 den andern 11'000 Stimmberechtigten vorgaben, was finanziell langgeht und wie viel Steuern sie zu zahlen haben, verhindert. Ein Paradebeispiel, das mit Demokratie wenig am Hut hat!



Toni Dettling
Der heutige Autor Toni Dettling ist ehemaliger FDP-National- und -Ständerat. Der gelernte Rechtsanwalt (lic. rer. publ.) ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er wohnt in Schwyz.

Hinweis
Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)